

Giftliste: Lübecks Schulen müssen kräftig bluten

Mittwoch,
23. Februar 2011

Weil der Kieler Innenminister die Investitionen der Hansestadt zusammengestrichen hat, tüftelt die Stadt an Sparlisten. Am schlimmsten soll es die Anna-Siemsen-Schule treffen.

Von Kai Dordowsky

Hans-Burkhard Schenck fiel aus allen Wolken, als er von den Rotstift-Plänen des Bereichs Schule und Sport hörte. Der 3,5 Millionen Euro teure Erweiterungsbau für die Grund- und Regionalschule Anna Siemsen/Johannes Kepler soll verschoben werden. Schulleiter Schenck: „Das wird zu massiven Problemen führen, der Ganztagsbetrieb wird gefährdet.“ Politiker und Verwaltung würden im Wort stehen, sagt Schenck. „Die Schulgemeinschaft wird sich das nicht gefallen lassen.“

Dass Baumaßnahmen mangels Geldes gestreckt oder verschoben werden, ist nichts Neues. Erstmals aber werden Projekte aus einem bereits beschlossenen Haushalt abgespeckt. Weil Innenminister Klaus Schlie (CDU) den Lübschen Etat für 2010 nur mit 19 Millionen Euro weniger Investitionen genehmigte, bastelt die gesamte Stadtverwaltung an Kürzungsplänen.

Die Maria-Montessori-Schule, die aktuell 77 behinderte Kinder unterrichtet, muss in den nächsten Jahren auf einen Fahrstuhl verzichten. Zwei oben gelegene Klassenräume sind dadurch für Rollstuhlfahrer unzugänglich. Als „beklagenswerte Einschränkung“ bezeichnet der Bereich Schule und Sport den Verzicht auf Fachraumsanierungen in den nächsten Jahren. Aktuell betroffen sind naturwissenschaftliche Räume in der Willy-Brandt-Schule und der Ju-

nierungsbedarf sieht die Verwaltung vor allem bei der Ernestinenschule. Tröstlich: Fünf Schulen, die zusammen zehn Fachräume zur Sanierung angemeldet haben, sollen noch zum Zuge kommen.

580 000 Euro will die Stadt sparen, indem sie auf den Kunstrasenplatz am Buniamshof verzichtet. Bis zum nächsten Jahr wird der Lärmschutz durch dämmende Decken in den Klassenräumen ausgesetzt. 50 000 Euro bleiben dadurch in der Stadtkasse. Gespart wird auch an der Anschaffung von Stahl-schränken für Garderoben in Schul-fluren. Was wie Luxus klingt, ist aus Sicht der Berufsfeuerwehr sicherheitsrelevant. Brennen Jacken

in den Fluren, ist der Fluchtweg binnen kürzester Zeit verqualmt. „In einigen Schulen gibt es solche Schränke bereits“, erklärt Michael Utech von der Feuerwehr. Lübeck könne den Einbau allenfalls verschieben, aber nicht ganz aufgeben. Utech: „Der Gesetzgeber fordert die Stahlschränke.“

„Wir können die Schulen nicht vom Sparen ausnehmen“, bedauert Schulsenatorin Annette Borns (SPD). Der aktuelle Planungsstand und die Fördermöglichkeiten spielen bei dem Vorschlag, welches Projekt auf die Liste kommt, die entscheidende Rolle. „Die Vorschläge sind sehr schmerzhaft für die Schulen“, räumt Borns ein, „aber für die

Anna-Siemsen-Schule fallen sie besonders heftig aus.“

Die Eichholzer Schule wird mit der Johannes-Kepler-Schule zusammenggelegt. Durch den Erweiterungsbau sollten alle Schüler an einem Standort lernen. Eineinhalb Kilometer Entfernung, getrennt durch die viel befahrene Brandenbaumer Landstraße: Schulleiter Schenck ist nicht bereit, Lehrer und Schüler in einen Pendelverkehr zu schicken. 740 Schüler zählt die Grund- und Regionalschule, ein Drittel lernt zurzeit in der Straße Am Ährenfeld. Schenck: „Jugend ist Zukunft, auf ihrem Rücken darf nicht gespart werden.“ Das letzte Wort hat die Bürgerschaft.

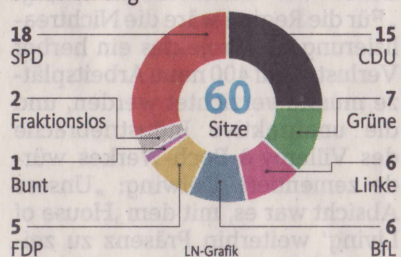
Politiker erklären den maroden Haushalt

Bürgerschaft debattiert über Finanzen, Hanseschule, Kurbetrieb und Spielplätze.

Morgen entscheidet die Bürgerschaft über den städtischen Haushalt für 2011. Damit ausreichend Zeit für die Debatte bleibt, beginnt die Sitzung im Rathaus um 12 Uhr. Die Verwaltung bringt einen mit rund 90 Millionen Euro unterfinanzierten Haushalt ein. Die Parteien legen ihre Sparvorschläge vor.

Für reichlich Zündstoff dürfte die Vorlage zum Umbau der Berufsschule in der Dankwartgrube sorgen. Auch dieses Projekt ist gnadenlos unterfinanziert. Schulleiter und Architekten haben alternative

Sitzverteilung



fentlich bereits die Prüfung eines Neubaus für die Hanseschule gefordert.

Der wiedergekehrte Winter hat

gramm Winterschäden, der in der Januar-Sitzung keine Dringlichkeit erhielt, neue Aktualität verliehen. Das Bündnis von SPD, Linken und Grünen fordert vom Bürgermeister Aufklärung über den Giftmüllbrand vom 9. Januar auf dem Gelände der Firma Remondis. Die Bürgerschaft beschließt die Schließung von 36 Spielplätzen. Die Entsorgungsbetriebe und der Kurbetrieb Travemünde legen ihre Wirtschaftspläne vor. Im nicht-öffentlichen Teil verabschieden die 60 Politiker den Kompromiss am Herren-